



Zahl-Tag

Sebastian Dullien rät der nächsten Bundesregierung, sich von den erfreulichen Konjunkturdaten nicht blenden zu lassen

Bis vor Kurzem sah alles so aus, als sei die nächste Bundesregierung wirklich nicht zu beneiden: das Land in der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte, der Handlungsspielraum durch Steuerausfälle und Milliarden-Rettungspakete auf Jahre eingeschränkt. Eine Krisenschlagzeile jagte die nächste.

Die jüngsten Konjunkturindikatoren deuten nun darauf hin, dass die neue Regierung von der Konjunkturfront sogar kräftigen Rückenwind erhalten dürfte. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Frühjahr wieder leicht gestiegen, die Rezession damit offiziell zu Ende.

Und die Nachrichten dürften nach der Wahl noch besser werden. Stimmungsindikatoren, Auftragszahlen und die Produktionsentwicklung im Frühsommer – all das spricht für eine rasante Wachstumsbeschleunigung, weit über das magere Plus von 0,3 Prozent im zweiten Quartal hinaus. Die Unternehmen berichten von rapide steigenden Auftrags-eingängen, die Industrieproduktion hat seit dem Tiefpunkt im April bereits wieder um fünf Prozent zugelegt.

Jubel im November. Allein statistische Effekte haben dazu geführt, dass der jüngste BIP-Anstieg nicht noch kräftiger ausgefallen ist. Mitte November, wahrscheinlich kurz nach der Kanzlerwahl im Bundestag, werden die Daten zum BIP im Sommer veröffentlicht. Dann wird mit etwas Glück ein Plus von mehr als einem Prozent im Quartalsvergleich herauskommen, was auf ein Jahr hochgerechnet einer Wachstumsrate von gewaltigen vier Prozent entspräche.

Die ersten Banken haben schon jetzt ihre Prognosen angehoben, eine weitere Welle von Aufwärtsrevisionen dürfte zum Jahresende folgen. Gut möglich, dass dann die Schätzung der US-Groß-

bank JP Morgan Konsens wird, sie sieht bereits in diesen Tagen für das BIP 2010 ein Plus von 3,0 Prozent.

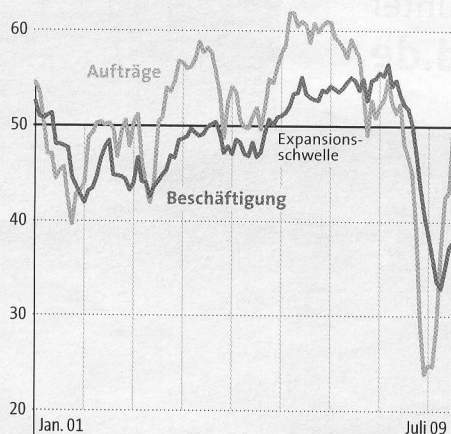
Trotz dieses zu erwartenden medialen Rückenwinds bleiben immense Herausforderungen. Denn wie belastbar dieser Aufschwung ist, weiß niemand genau. Die Lage vieler Unternehmen und Banken ist derart labil, dass auch nach einem anfänglichen Emporschnellen der Produktion die Gefahr des Rückschlags hoch ist. Die deutschen Firmen halten sich weiter mit Investitionen zurück, die Aufträge des Maschinenbaus aus dem Inland liegen immer noch fast 50 Prozent unter dem Frühjahr 2008. Bis die heimische Investitionstätigkeit wieder – wie in früheren Aufschwüngen – zur treibenden Kraft wird, dürfte viel Zeit vergehen.

»Jede Ausgabenkürzung senkt die Nachfrage. Die Belastbarkeit der Wirtschaft darf nur vorsichtig ausgetestet werden«

Hinzu kommen die hohen Risiken am Arbeitsmarkt. In den Umfragen des Markit-Instituts unter deutschen Industrie-einkaufsmanagern berichten diese zwar von starkem Auftragszuwachs, aber eben auch weiter von massiven Entlassungs-

Unternehmen planen weiter Jobabbau

Komponenten des Markit-Einkaufsmanagerindex für die deutsche Industrie, in Punkten



Quelle: Markit Economics

plänen. Der Teilindex zu den Beschäftigungsabsichten liegt noch immer weit unter der Schwelle von 50 Punkten, deren Unterschreiten Personalabbau anzeigt. Die Unternehmen planen heute sogar noch mehr Entlassungen als auf dem Höhepunkt der Krise 2002/03 (s. Grafik). Und steigende Arbeitslosigkeit kann schnell zum Konsumeinbruch führen.

Das Dilemma. Für die nächste Regierung ist diese Lage gefährlich, weil sie gleichzeitig unter hohem Druck steht, den Haushalt zu konsolidieren. Wenn das Wachstum zurückkehrt, werden zwar auch die Horrorprognosen für das Staatsdefizit nicht in vollem Umfang eintreffen. Es wird dann 2010 kaum zu dem immensen Fehlbetrag von 6,2 Prozent des BIP kommen, den die OECD vorhersagt.

Das Strukturdefizit ist aber nach allen Schätzungen so hoch, dass Deutschland 2010 und 2011 auch bei einem Wachstum von zwei bis drei Prozent die Defizitgrenze des Stabilitätspakts von 3,0 Prozent des BIP reißen wird. Zudem bleibt nach der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz nur bis 2016 Zeit, das Defizit des Bundes praktisch ganz abzubauen.

Die Gefahr ist also, dass die Regierung den Aufschwung überschätzt und versucht, das Defizit über schnelle Ausgabenkürzungen in den Griff zu bekommen, auch um wieder Spielraum für Steuer-senkungen zu schaffen. Jede Ausgabenkürzung aber verringert sofort die Nachfrage. Egal, in welcher Koalition Angela Merkel künftig regiert: Man muss ihrem neuen Team nachdrücklich raten, die Belastbarkeit der Wirtschaft nur ganz vorsichtig auszutesten.

Sebastian Dullien ist Professor für Volkswirtschaft an der HTW Berlin. Er schreibt an dieser Stelle jeden Monat über Zustand und Perspektiven der Weltwirtschaft.
▷ dullien.sebastian_fr@guj.de